



# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Sozialausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Jobcenter, Berliner Str. 43 a, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>18.05.2011</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>19:45 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Neu, Thomas

Oehl, Heinz

Kampschulte, Matthias

Vertretung für Herrn Rolf

Steuernagel

Leibiger, Tobias

Vertretung für Herrn Heinz-Georg

Thier

Beckenhusen, Ursula

Gregor-Rauschtenberger, Brigitte

Garn, Elke

Schmidt, Cornelia

Vertretung für Frau Eleonore Lubitz

Röllinghoff, Roswitha

## Vorsitzende

Orentat-Steding, Ingrid

## Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Koch, Andreas

Menke, Olaf

Scheller, Hans-Joachim

Schweinsberg, Ralf

## Schriftführer/in

Stippel-Fluit, Sabine

Abwesend:

## Mitglieder

Heinemann, Manfred

Thier, Heinz-Georg

Vertretung durch Herrn Leibiger

## beratende Sitzungsteilnehmer/innen

Gouderi, Vasiliki

## stellv. Vorsitzende

Lubitz, Eleonore

Vertretung durch Frau Schmidt

## stellv. Vorsitzender

Steuernagel, Rolf

Vertretung durch Herrn

Zu Beginn der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2011
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 3 Pflegebericht 2010 für den Ennepe-Ruhr-Kreis
- 4 Konzept zur Mitwirkung behinderter Menschen in Schwelm 082/2011
- 5 Bericht des Jobcenters Regionalstelle Schwelm für das Jahr 2010
- 6 Mündlicher Bericht zur Weiterentwicklung des Jobcenters 2011 sowie Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket
- 7 Entwurf des 2. Nachtrages zum Haushalt 2010/2011
- 8 Mitteilungen
- 9 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

Vor Sitzungsbeginn wurde eine kurze Schweigeminute für den kürzlich verstorbenen Kreismitarbeiter Dr. Brückner eingelegt.

## **A Öffentliche Tagesordnung**

### **1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2011**

Herr Kampschulte merkt zu S. 4/5 der Niederschrift vom 23.02.2011 an, dass der Ergänzungsantrag der CDU zwar erwähnt, aber der Niederschrift nicht beigefügt ist. Auch im Ratsinformationssystem sei der Antrag nicht eingestellt und nachzulesen. Die Verwaltung sagt zu, den Antrag der Niederschrift der heutigen Sitzung beizufügen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

### **2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung**

Es wurden keine Fragen gestellt.

### **3 Pflegebericht 2010 für den Ennepe-Ruhr-Kreis**

Frau Zeller vom Ennepe-Ruhr-Kreis stellt im Rahmen einer Präsentation den Pflegebericht 2010 für den Ennepe-Ruhr-Kreis vor. Insbesondere merkt sie an, dass der Anteil der Pflegebedürftigen im Kreisgebiet im Vergleich zu den landesweiten Zahlen relativ hoch ist. Die Heimplätze im Kreis reichen nach derzeitigen Erkenntnissen bis 2030 aus. Die Auslastung liegt kreisweit derzeit bei ~ 87%; in Schwelm bei ~ 71 %.

In der Folge wurden Fragen zum Pflegebericht ausführlich erörtert, u.a. wurde darauf hingewiesen, dass die Zahlen im stationären Bereich in den letzten Jahren annähernd unverändert geblieben sind, im ambulanten Bereich ist ein Anstieg zu verzeichnen. Hier wirkt sich die Einführung der Pflegeberatung positiv aus (ambulant vor stationär).

Durch die Verwaltung wurde im Rahmen der Diskussion angemerkt, dass die hohe Zahl von stationären Plätzen in Schwelm sich indirekt auf die Personal- und Kostenstruktur auswirke, da z. B. ein höherer Personalaufwand im Bereich des Standesamtes sowie erhöhte Ausgaben im Bereich der Bestattungskosten zu verzeichnen sind.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Frau Orentat-Steding übergibt dem 1. Beigeordneten eine Unterschriftenliste mit 67 Unterschriften, initiiert vom Christian-Ehlhardt-Haus (Lebenshilfe) zum Thema „Ich bin dafür, dass es eine Interessenvertretung für die Anliegen von Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat) in der Stadt Schwelm gibt.“

Der Verwaltung liegt ein Ergänzungsantrag der SPD vom 16.05.2011 zu diesem TOP vor. Dieser wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Koch erläutert ausführlich die Vorlage der Verwaltung sowie das Ergebnis seiner Umfrage in den Nachbarstädten (siehe nachfolgende Aufstellung).

Umfrage in den Nachbarstädten zur Thematik  
**„BGG - Mitwirkung von Behinderten“**

**Ennepetal**

- Abteilungsleiter Soziales mit Behindertenangelegenheiten betraut
- Kein Behindertenbeirat oder Behindertenbeauftragter offiziell bestellt

**Gevelsberg**

- Fachbereichsleiterin als Behindertenbeauftragte bestellt
- Keine separate Satzung, Ergänzung der Hauptsatzung in Vorbereitung
- Einmal im Jahr Treffen mit Behinderten im Rathaus (18.05.2011)

**Hattingen**

- Offenes Behindertenforum ohne feste Mitgliedschaft vorhanden
- Aufgaben des Behindertenforums werden in einer Satzung festgeschrieben
- Mitarbeiter der Verwaltung aus dem FB Soziales und Wohnen begleitet dieses Forum
- 1 Mitglied des Forums ist beratendes Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss

**Herdecke**

- Bisher kein Beirat oder Behindertenbeauftragter bestellt
- Abteilungsleiterin Soziales mit Behindertenangelegenheiten betraut

**Sprockhövel**

- Behindertenbeirat und Behindertenkoordinator in der Verwaltung vorhanden
- Behindertenbeirat mit 11 Personen, davon 4 Vertreter von Parteien, die nicht stimmberechtigt sind, weitere Mitglieder sind aus Behindertenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und private Personen
- Behindertenbeirat wird alle 5 Jahre gewählt und tagt 4x jährlich, 1 Sitzung im Jahr mit dem Seniorenbeirat zusammen
- Behindertenkoordinator ist Geschäftsführer des Beirates
- Eigene Satzung über Aufgaben des Behindertenbeirates und des Koordinators

## Witten

- Kein Behindertenbeirat vorhanden, sondern eine Arbeitsgruppe „Barrierefreies Witten“, die sich aus Vertretern der Verwaltung und von verschiedenen Verbänden zusammensetzt
- In der Verwaltung ist ein Behindertenkoordinator bestellt, dessen Aufgaben in einer Richtlinie geregelt sind
- In der Stadt Witten wurde die Hauptsatzung ergänzt

## Wetter

- Behindertenbeirat und Behindertenbeauftragter in der Verwaltung vorhanden
- Satzung und Dienstanweisung wurden erlassen
- Behindertenbeirat setzt sich aus Vertretern verschiedener Verbände und Privatpersonen zusammen, innerhalb des Beirates gibt es noch eine Maßnahmenkommission
- Zusätzlich „Runder Tisch“ zur Behindertenrechtskonvention geplant

Des Weiteren führte er aus, dass eine Interessenvertretung für Behinderte in Schwelm zu installieren notwendig sei. Die Mustersatzung des Landesbeirates könne genutzt werden, um eine eigene Satzung für Schwelm zu erstellen. Eine/n Behindertenkoordinator/in bei der Verwaltung zu verorten sei hinsichtlich der Fülle der zu erledigenden Aufgaben dringend erforderlich.

Herr Schweinsberg betont die Sinnhaftigkeit des Vorhabens, weist aber darauf hin, dass die Einrichtung eines Gremiums sowie die Bestellung einer/s Behindertenkoordinator/in nicht kostenneutral möglich sei (Personal- und Sachkosten sowie Sitzungsgelder).

Auf die Anfrage, ob es sich bei dem Themenbereich um eine Pflichtaufgabe handelt, teilt die Verwaltung mit, dass es sich dem Grunde nach um eine Pflichtaufgabe handele, der Umfang der Ausgestaltung aber nicht festgelegt sei.

Die Vertreter der SPD erläutern, dass der Ergänzungsantrag als Arbeitshilfe für die Verwaltung gedacht ist.

Herr Kampschulte legt für die CDU dar, dass der vorliegende Beschlussvorschlag zu eng gefasst sei, da durch diesen die Aspekte des CDU-Antrages nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Auf die Frage nach der Zeitschiene schlägt Herr Schweinsberg vor, den Termin für einen „Runden Tisch“ kurz nach den Sommerferien anzusetzen.

Hierzu sollen Vertreter der in Frage kommenden Interessengruppen sowie die Mitglieder des SozA und des Rates eingeladen werden. (siehe nachfolgende vorläufige Auflistung, Ergänzungen und Anregungen erwünscht).

Interessengruppen:

Lebenshilfe, Versehrtensportgemeinschaft, Selbsthilfegruppen der KISS, Wohlfahrtsverbände, Blinden- und Sehbehindertenverein, evtl. Schwelmer Wohnungsgenossenschaft, TBS, Gehörlosenvertreter,

Herr Tschesche als Behindertenbeauftragter des EN-Kreises,  
Vdk, SozVD

Als Ergebnis der Diskussion wurde der Beschlussvorschlag wie folgt geändert:

1. Antrag der CDU auf Erweiterung des Beschlussvorschlages um den Passus:  
*„Hierbei soll sowohl der Antrag der CDU vom 22.02.2011 als auch der  
Ergänzungsantrag der SPD vom 16.05.2011 berücksichtigt werden.“*

Abstimmungsergebnis:            einstimmig:            X  
    dafür:  
    dagegen:  
    Enthaltungen:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Gesprächsrunde zu initiieren, an der interessierte Bürger, Einrichtungen und Verbände zusammengeführt werden sollen mit dem Ziel; eine Interessenvertretung für Behinderte zu bilden.

Hierbei soll sowohl der Antrag der CDU vom 22.02.2011 als auch der  
Ergänzungsantrag der SPD vom 16.05.2011 berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:            einstimmig:            X  
    dafür  
    dagegen:  
    Enthaltungen:

## **5            Bericht des Jobcenters Regionalstelle Schwelm für das Jahr 2010**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 wurden zusammengefasst; siehe Ausführungen  
zu TOP 6

## **6            Mündlicher Bericht zur Weiterentwicklung des Jobcenters 2011 sowie Sachstand Bildungs- und Teilhabe paket**

Herr Scheller, Leiter der Regionalstelle Schwelm des Jobcenters EN, stellt den  
Jahresbericht 2010 der JobAgentur EN für seine Regionalstelle vor. Insbesondere  
erläutert er die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich der JobAgentur  
und geht auf die Strukturdaten ein. Er weist darauf hin, dass im Rahmen der  
Qualitätsoffensive die statistischen Anforderungen stark gestiegen sind, so das  
weitere Zeitkontingente für diese Arbeit anfallen.

Die Auswirkungen der Öffnung des Arbeitsmarktes (Osterweiterung der EU) auf die  
Zahlen der Bedarfsgemeinschaften ab dem 01.05.2011 bleiben abzuwarten.

Herr Kampschulte dankt den Mitarbeiter/innen des Jobcenters für die gute geleistete Arbeit und die damit erzielten Ergebnisse.

Zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) wird der derzeitige Stand der Umsetzung mitgeteilt. Z. Z. liegen ca. 160 Anträge in Schwelm vor; Tendenz steigend. Es ist eine Personalaufstockung um 0,4 Stellen für diesen Bereich geplant.

Herr Schweinsberg weist ausdrücklich auf die seiner Ansicht nach äußerst problematische Datenschutzsituation im Zusammenhang mit der Umsetzung des BuT hin. Außerdem seien die Stellenanteile für die Schulsozialarbeit für die kreisangehörigen Städte vom Ennepe-Ruhr-Kreis mitgeteilt worden. Die genauen Auswirkungen für Schwelm müssen noch mit dem Personalbereich besprochen werden.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung des Jobcenters wird mitgeteilt, dass die Heranziehungssatzung SGB II vom 17.12.2010 zum 31.12.2011 aufgekündigt werden soll, da zum 01.01.2012 eine Anstalt öffentlichen Rechts Jobcenter EN (AöR) gegründet wird. In diesem Prozess hat Kreisdirektorin Frau Pott die Aufgaben des kürzlich verstorbenen Dr. Brückner übernommen. Der Zeitplan zur Errichtung einer AöR wird dem Protokoll beigelegt.

## **7 Entwurf des 2. Nachtrages zum Haushalt 2010/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Entwurf des 2. Nachtrages zum Haushalt 2010/2011 zur Kenntnis.

## **8 Mitteilungen**

Die Verwaltung teilt mit, dass aufgrund der gestiegenen Asylzahlen die Unterkünfte in der Wiedenhaufe sowie in der Jesinghauser Straße belegt sind. Um auf zukünftige Neuzuweisungen reagieren zu können, ist die Anmietung einer Regelwohnung in Schwelm beabsichtigt. Ggfs. wird diese Wohnung nicht immer zu 100 % ausgelastet sein, soll aber durchgängig angemietet werden.

Herr Koch weist auf die 2. Pflegemesse in Schwelm hin, die am 02.07.2011 stattfindet.

## **9 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung**

Frau Orentat-Steding bat um Auskunft, ob der Verwaltung Erkenntnisse darüber vorliegen, wie sich die Beendigung des Zivildienstes im Heimpflegebereich auswirkt. Hierüber liegen der Verwaltung keine Erkenntnisse vor.

Herr Koch teilt für den Bereich der Arbeitsgemeinschaft mit, dass es dort keine Auswirkungen gibt, da bereits seit einigen Jahren keine Zivildienstleistende mehr eingesetzt werden.

Für das Jugendamt berichtet Herr Menke, dass ihm im Rahmen eines persönlichen Gespräches mit Herrn Kramme (Regionalbetreuer Dortmund) mitgeteilt wurde, dass alle Zivildienststellen in den Bundesfreiwilligen Dienst überführt werden. Somit

werden sich aller Voraussicht nach keine Auswirkungen für das Jugendzentrum ergeben, sofern sich Freiwillige melden.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 8 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 23.05.2011

Vorsitzende  
gez. Orentat-Steding

Schriftführerin  
gez. Stippel-Fluit